

HK-Aufsichtsrat: Fritsche-Rückzug vom Innenministerium angeordnet

Martin Himmelheber (him)

26. Oktober 2020

Der frühere Geheimdienstkoordinator der Bundeswehr, Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche hat auf sein angekündigtes Aufsichtsratsmandat bei Heckler und Koch keineswegs freiwillig verzichtet. Vielmehr hatte das Bundesinnenministerium gegen die Tätigkeit Fritsches als Mitglied des Aufsichtsrates der H&K AG Einwände. Und: „Sie wurde untersagt.“

Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung an die FDP-Bundestagsfraktion hervor. Die FDP hatte nach den Tätigkeiten des Ruhestandsbeamten Fritsche gefragt, unter anderem nach der geplanten Aufsichtsrats­tätigkeit bei HK. In der Beratertätigkeit für das österreichische Innenministerium und für eine Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft sei „eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nicht zu besorgen“ gewesen. Aber: „Gegen die Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der H&K AG bestanden Einwände. Sie wurde untersagt“, so das Bundesinnenministerium.

Heckler und Koch hatte den ehemaligen Regierungsbeamten am 7. September als einen der beiden neuen Aufsichtsräte genannt und dessen Qualitäten gelobt. Am 2. Oktober berichtete die NRWZ, dass Fritsche laut HK-Sprecher Marco Seliger „aus persönlichen Gründen“ auf sein Mandat verzichte.

Im Zusammenhang mit dem Wirecard-Skandal hatten verschiedene Medien berichtet, dass Fritsche für diesen Konzern tätig gewesen sei. In der Antwort auf die FDP-Anfrage bestätigt das Bundesinnenministerium, dass Fritsche im September 2019 im Bundeskanzleramt bei einem Gespräch von zwei Wirecard-Managern mit dem Wirtschaftsberater der Kanzlerin Professor Lars-Hendrik Röller dabei war: „Auf Grund der Bemühungen des Herrn Staatssekretärs a. D. Fritsche fand am 11. September 2019 ein Gespräch zwischen Herrn Prof. Dr. Röller mit den Herren Klaus-Dieter Fritsche, Alexander von Knoop, Finanzvorstand Wirecard AG, und Burkhard Ley, Strategischer Berater des Vorstands Wirecard AG, statt.“